

Rede der CDU-Fraktion zum Haushalt 2019

Sehr geehrter Bürgermeister Gromöller, sehr geehrter Kämmerer Wilke, meine Damen und Herren des Rates, sehr geehrte Pressevertreter, sehr geehrte Gäste,

war es beim Haushalt 2018 nur eine Schwalbe, die bekanntermaßen noch keinen Sommer macht, so scheint sich doch dieses Jahr die Zahl der Frühlingsboten deutlich erhöht zu haben. Denn nicht nur der Haushalt 2019 – nach den Planzahlen des letzten Jahres noch erheblich im Minus – weist ein positives Ergebnis von ca. 400 T€ aus. Auch für die Jahre 2020 bis 2022 ist nach der Vorausschau von jährlich steigenden Gesamtergebnissen von ca. 200 T€ auszugehen. Mit diesen Planwerten kann der Ursprungswert des Eigenkapitals aus der Eröffnungsbilanz 2009 fast wieder erreicht werden, eine durchaus erfreuliche Perspektive.

Doch was ist die Ursache dieses unerwarteten und willkommenen Frühlingserwachens? Die liegt nach Aussage des Kämmerers neben einer sparsamen Haushaltswirtschaft vor allem in den positiven Veränderungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes und dem positiven konjunkturell bedingten Anwachsen der Steuererträge.

Im Klartext heißt das, dass die vom Land Nordrhein-Westfalen der Gemeinde zur Verfügung gestellten Schlüsselzuweisungen erheblich erhöht wurden. Betrug diese z.B. im Jahr 2017 – dem letzten Jahr unter einer rot/grünen Landesregierung – rd. 1,5 Mio.€, so haben sie sich im Jahr 2019 unter der Landesregierung von CDU/FDP auf rd. 3 Mio.€ verdoppelt. Und das liegt nicht an der guten Konjunktur! Denn während der Haushalt des Landes NRW sich von 2017 nach 2019 nur um 6,05 % (von 72,7 auf 77,1 Mrd. €) erhöhte, betrug die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen zugunsten der Gemeinde Havixbeck stolze 100 %.

Damit hat die neue Landesregierung ein Versprechen eingelöst, das sie vor der letzten Landtagswahl gegeben hatte, nämlich die Kommunen im ländlichen Raum aufgaben- und leistungsgerecht finanziell zu stärken und die Auszehrung des ländlichen Raumes zugunsten der großen Städte zu beenden. Ohne Abwahl von Rot/Grün hätten wir sowohl 2018 als auch 2019 ein erhebliches negatives Jahresergebnis ausweisen

müssen und wir dürften uns jetzt schon wieder mit Fragen der Haushaltssicherung beschäftigen.

Bis 2017 war von der CDU immer wieder bemängelt worden, dass die jährlichen Investitionen unter der Summe der Abschreibungen liegen und wir damit jedes Jahr einen Teil unseres Vermögens zu Lasten unserer Kinder verfrühstücken. Angesichts der noch guten konjunkturellen Gesamtlage unterstützen wir daher die Fortsetzung des bereits 2018 begonnenen Weges, Investitionen in die Zukunft vorzunehmen. Zudem stehen uns dank Bundes- und Landesregierung weiterhin mit den Förderprogrammen „Gute Schule 2020“ – zugegeben von der Vorgängerregierung initiiert –, „Kommunalinvestitionsfördergesetz“ und den Förderungen nach dem Städtebaufördergesetz auch nennenswerte Zuschüsse zur Verfügung, wobei man aus der Sicht der Kommunen positiv vermerken muss, dass die Fördermittel des Bundes heute von der CDU/FDP-Landesregierung an die Städte und Gemeinden durchgeleitet werden, während sie in der Vergangenheit zur Sanierung des Landeshaushalts Verwendung fanden und dort versickerten.

Zwar deuten sich je nach Stimmungslage hier und da leichte Eintrübungen eines ungebremsen Wachstums an. Aber noch steigen – wenn auch langsamer – die Steuereinnahmen an, liegen die Zinsen weiterhin auf niedrigem Niveau. Deshalb, wenn nicht jetzt, wann dann sollten wir in Bildung, Kinderbetreuung, Schule, Digitalisierung und Infrastruktur investieren. Daher „Ja“ zu Investitionen, allerdings stets mit Augenmaß, denn gefördert werden selten 100 %. Und in allerhöchster Not haben wir ja auch noch Gestaltungsmöglichkeiten, wie die jüngsten Gespräche mit dem Lippeverband gezeigt haben.

Neben der Erhöhung der Schlüsselzuweisungen sind es vor allem die gestiegenen Steuererträge, die die signifikante Verbesserung der Haushaltssituation der Gemeinde bewirkt haben. Und dabei entfällt der größte Anteil des Steueraufkommens auf die Einkommensteuer, die schon heute 51 % des Steuerkuchens ausmacht. Deren Erträge sollen nach der langfristigen Betrachtung in den nächsten drei Jahren von heute rd. 6,9 Mio. € um 1 Mio. € auf rd. 7,9 Mio. € in 2022 gesteigert werden, während Gewerbesteuer, Grundsteuer B und Anteil

Umsatzsteuer ihre heutige Größenordnung beibehalten. Und hier liegt unsere Sorge.

Denn ein derartiger Anstieg der Einkommensteuererträge wird sich kaum mit den üblichen Einkommenssteigerungen erzielen lassen. Nach unserem Dafürhalten ließe sich das nur mit einem zusätzlichen Anwachsen der Bevölkerung rechtfertigen. Doch schauen wir dann in das Produkt 0107 „Grundstücksmanagement“, so wird dort kein Euro Ertrag aus dem Verkauf von Grundstücken bis zum Jahr 2022 ausgewiesen. Und da, Herr Bürgermeister, liegt ihr großes Versäumnis.

Seit Jahren mahnen wir immer wieder an, dass eine gedeihliche Entwicklung von Havixbeck die Vorhaltung von Flächen zur gewerblichen Nutzung und vor allem zur Errichtung von Wohngebäuden erforderlich macht. Angesichts des Zeitrahmens zwischen Erwerb, Planung, Erschließung und Bebauung kann dieser Prozess jedoch nur kontinuierlich und nicht sporadisch gestaltet werden. Andernfalls tritt das ein, was wir jetzt vor Augen haben: Mindestens für die nächsten 4 Jahre wird Havixbeck auf dem Anbietermarkt für Wohngrundstücke nicht vertreten sein. Dabei sind die Vermarktungschancen selten so günstig wie heute. Aber der Wettbewerb um zuzugswillige junge Familien findet nur in unseren Nachbargemeinden wie Nottuln, Appelhülsen, Senden und selbst Ostbevern statt. Und auch Münster schafft Bauland im ganz großen Stil, wie erst letzte Woche in der WN zu lesen war. Münster ist doch noch – so hieß es in der Kommentierung – in der Lage, auf ein großes Problem mit einer großen Lösung zu antworten. Währenddessen feilen wir weiter an unserem Image, „Schlafstadt“ zu sein; diesmal aber im übertragenden Sinne.

Während der Inhalt des Haushaltsplanentwurfs durchaus erfreulich ist, gilt dies nicht immer für die Transparenz einzelner Aussagen. Gerade bei größeren Posten oder Abweichungen gegenüber dem Vorjahr würden erläuternde Ausführungen zu einem besseren Verständnis beitragen. Und, lieber Herr Wilke, für uns gehören die Definitionen des NKF nicht zum alltäglichen Sprachgebrauch. Deshalb erläutern Sie uns, was sich hinter Begriffen wie sonstige Transfererträge, öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte, allgemeine Umlagen, Leistungsbeteiligungen usw. im

Einzelnen verbirgt. Dafür können Sie dann aus unserer Sicht auf einwohnerbezogene Diagramme verzichten.

Darüber hinaus sollten die Angaben keine Zweifel an ihrer Aktualität aufkommen lassen. So hatte der Rat im Juli 2018 eine neue Zuständigkeitsordnung beschlossen. Der Haushaltsentwurf geht bei der Nennung der politischen Gremien dagegen noch von den alten Zuständigkeiten aus. Wir möchten einmal unterstellen, dass sie bei der Erarbeitung des Haushalts ihr Augenmerk mehr auf die Stimmigkeit und Belastbarkeit der Zahlen gelegt haben, so dass der kleine Fauxpas entschuldbar ist.

Allerdings sind auch wir im Rat nicht frei davon, den Rat, die Ausschüsse und die Verwaltung mit zusätzlichem und oft ideologisch unterlegtem Zeit- und Arbeitsaufwand zu befrachten, wenn man nur an die Stelle des Klimamanagers denkt. Kaum hat der Rat im Oktober beschlossen, die Stelle eines Klimamanagers nicht zu verlängern, wird schon im Dezember ein aufhebender Antrag von SPD und Grünen eingebracht. Dabei herrscht in allen Fraktionen Konsens, was die herausgehobene Bedeutung des Klimaschutzes vor allem für die nachfolgenden Generationen anbelangt. Dabei kann gerade die CDU sich mit offenem Visier dieser Diskussion stellen.

Denn es war 2011 die von der CDU geführte Bundesregierung, die den endgültigen Ausstieg aus der Kernenergie und den Ausbau der erneuerbaren Energien beschloss. Und es war 2019 wieder die von der CDU geführte Bundesregierung, die unter dem Vorsitz der CDU in der Kohle-Kommission und unter maßgeblicher Beteiligung von CDU-Ministerpräsidenten das sukzessive Abschalten der Kohlekraftwerke bis 2038 auf den Weg gebracht hat, wahrlich die bisher größte und effizienteste Maßnahme zur Erreichung der gesteckten Klimaschutzziele. Und da kann man, meine Damen und Herren der Grünen, ihre Enttäuschung schon nachempfinden, an diesen wirklich wirkungsvollen Maßnahmen zum Klimaschutz nicht beteiligt gewesen zu sein. Daraus allerdings den Schluss zu ziehen, wenn nicht auf der großen Bühne dann doch wenigstens im Kleinen die Karte des Aktionismus spielen zu müssen, kann und wird nicht unsere Unterstützung finden. Und ein Klimamanager mit Aktionen wie „Ich hole meine Brötchen mit dem

Fahrrad“ oder „Tausche alte Pumpe gegen neue“ ist nichts anderes als eine plakative Alibifunktion zur Unterstreichung des ach so ausgeprägten Umweltbewusstseins. Dabei würden ein gesunder Menschenverstand und ein verantwortungsvolles Handeln zu kaum abweichenden Ergebnissen führen. Deshalb: Die CDU steht – wie dargelegt – für die nachhaltige Verfolgung der Klimaschutzziele. Jüngstes Beispiel ist der Antrag von CDU und FDP im Düsseldorfer Landtag, den Photovoltaik-ausbau im Land voranzutreiben und eine neue Dynamik zu entfachen. Auf einen Aktionismus, der für das Klima in Havixbeck keinen Nutzen und für den Haushalt nur zusätzliche Belastungen bringt, können wir aber verzichten.

Und Aktionismus ist auch auf anderen Handlungsfeldern ein schlechter Ratgeber. So war es z.B. für die Sachentscheidung kaum nachzuvollziehen, was mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Vorrang für Bildung – Erweiterung der AFG jetzt!“ bewirkt werden sollte, denn der Rat hatte sich immer einstimmig für diese Maßnahme ausgesprochen. Das Ergebnis allerdings kennen wir: Die Verwaltung gerät in Hektik, Sondersitzung des Ausschusses mit Beschlussvollmacht über zweifelhafte Gestaltungsvorschläge und heute haben wir den Scherbenhaufen: Das Ganze wird sich um mindestens ein Jahr verschieben. Deshalb gilt für die CDU: Gründlichkeit vor Schnelligkeit und Sachbeiträge statt Fensterreden.

Insgesamt gesehen wird die CDU-Fraktion dem Haushaltsentwurf 2019 unter Berücksichtigung der vorzunehmenden Änderungen zustimmen. Gleiches gilt für den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2019.

Die CDU möchte zudem Danke sagen bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich aktiv in die Arbeit in Vereinen und Verbänden eingebracht oder im Stillen zur Förderung des Gemeinwohls gewirkt haben, und bedankt sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihren Einsatz und ihre Unterstützung im zurückliegenden Jahr.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.